

## Haushaltsrede der SPD-Fraktion zum Haushalt 2026 der Stadt Bergneustadt

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Kollegen des Stadtrates, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die Stadt Bergneustadt befindet sich weiter in einer dramatischen Haushaltslage, denn für das Jahr 2026 liegt ein Defizit in Höhe von gut 4,5 Millionen € vor. Laut Haushaltsplan bleibt die Lage bis zum Jahr 2032 defizitär. Erst ab 2034 kann die Stadt wieder Eigenkapital bilden. Haushaltsdaten sind zwar immer konjunkturabhängige Prognosen und mit hoher Unsicherheit behaftet, dennoch kann man mit Sicherheit für den Moment sagen: Die Finanzlage der Stadt Bergneustadt ist katastrophal.

Weiter befindet sich die Stadt im festen Griff eines Haushaltssicherungskonzeptes – HSK - mit entsprechendem Sparprogramm. Unsere Auffassung zum HSK haben wir wiederholt deutlich gemacht: Es ist klar, dass sich die Stadt Bergneustadt mit eigenen Sparanstrengungen nicht sanieren kann. Denn wer nichts hat, kann nichts sparen. Bei den Sparmaßnahmen des HSK handelt es sich um Haushaltskosmetik zur Zufriedenstellung von Aufsichtsbehörden.

Wir werden das Haushaltssicherungskonzept nicht mittragen. Die Sparmaßnahmen des HSK sind unsozial und führen dazu, die Stadtgemeinschaft zu schwächen. Die Abschaffung der Musikschule gegen die Stimmen der SPD ist ein Beispiel für die Blindheit des HSK; der Schaden ist groß, die Ersparnis ist klein.

Beim Haushaltssicherungskonzept ist für uns klar, dass wir weiter gegen Maßnahmen stimmen werden, die unserer Stadt schaden werden. Die Begegnungsstätte auf dem Hackenberg bleibt, die Bücherei bleibt, das Wasserwerk und Kanalnetz bleiben in kommunaler Hand und soziale Angebote und Bildungsangebote gehören ausgebaut, nicht eingeschränkt.

Die wichtigsten Maßnahmen für die wirtschaftliche Erholung sind Investitionen. Den Haushalt werden wir daher beschließen, denn hier finden wir wichtige Akzente wie wirtschaftliche Anreize für das Gewerbe, eine Differenzierung bei der Grundsteuer B zu Gunsten von Wohngebäuden und sinnvolle Investitionen in die Entwicklung unserer Stadt. Wir entwickeln neue Gewerbegebiete, erneuern Straßen und Infrastruktur in unserer Stadt, bauen Fotovoltaik aus und investieren in die Schullandschaft und damit in unsere Zukunft.

Mit der Senkung des Hebesatzes in der Grundbesteuerung für das Gewerbe haben wir über zehn Jahre gerechnet etwa 5 Millionen € mobilisiert, in der Hoffnung, dass zusätzliches Gewerbe zusätzliche Steuereinnahmen generiert und so dieser Schritt finanziert oder im besten Fall überkompensiert wird. Gleichzeitig begünstigen wir Wohngebäude steuerlich weiter.

Ob die Differenzierung bei der Grundsteuer Bestand haben wird, liegt nun in den Händen von Gerichten. Fakt ist: die mangelhafte Gesetzgebung der schwarz-grünen Landesregierung hat in den Kommunen im ganzen Land für massive Unsicherheit gesorgt. Was für ein Chaos! Hier muss die Landesregierung nun endlich Klarheit schaffen. Der Ministerpräsident steht hier klar in der Verantwortung für die Kommunen eine rechtssichere Möglichkeit der Differenzierung bei der Grundsteuer auf den Weg zu bringen.

Die Altschuldenhilfe der Landesregierung ist ein gutes Signal für die Kommunen, mehr aber auch nicht. Die Not der Kommunen wird zwar gesehen, aber weiter nicht gelöst.

Durch die Altschuldenhilfe wird mit 6,7 Mio. € ein Teil unserer Liquiditätskredite übernommen. Die Liquiditätskredite sind vergleichbar mit einem Dispositionskredit für Girokonten von Privathaushalten. Die Altschuldenhilfe wird lediglich dafür sorgen, dass wir unser kommunales Girokonto etwas weniger werden überziehen müssen.

Unsere städtischen Schulden insgesamt liegen laut Plan im Jahr 2025 bei 75 Millionen € und perspektivisch werden wir einen Schuldenstand von gut 100 Millionen € erreichen. Der städtische Schuldenberg wächst also – trotz Schuldenhilfe – weiter.

Der Haushalt des Landes NRW umfasst für das Jahr 2026 etwa 112 Milliarden €. Die Schuldenhilfe des Landes NRW für seine Städte und Gemeinden beträgt lediglich 8,9 Milliarden €. Diese Zahlen relativieren die Schuldenhilfe deutlich.

Es handelt sich hier also weniger um einen historischen Schritt, wie die Landesregierung sagt, sondern eher um eine Problemverschiebung auf Zeit. Bei den Kommunen brennt es finanzpolitisch weiter, nur für einen kurzen Moment weniger stark.

Bund und Länder müssen Städten und Gemeinden bei der Schuldenlast helfen, da sie die Kommunen über Jahre mit Kosten ohne Geld zur Bewältigung dieser Kosten überfordert haben. Wenn Bund und Länder Leistungen bestellen, müssen Bund und Länder diese Leistungen auch bezahlen.

Die richtigen Entscheidungen müssen vor Ort selbst getroffen werden. Der Weg aus der kommunalen Dauerkrise führt daher nur über einen Weg aus Innovationen, mutigen Investitionen und mehr Tempo.

Wenn Sie bereit sind Herr Bürgermeister sich auf diesen Weg zu begeben, können sie auf die SPD zählen. Wenn Sie allerdings meinen, die Stadtverwaltung könne sich weiter nur hinter Zuständigkeiten und fantasielose Sparprogrammen verstecken, dann ist das zu wenig!

Sehr geehrte Ratskollegen, wir stehen am Beginn einer fünfjährigen Amtszeit. Nach diesen fünf Jahren brauchen wir fertiggestellte Gewerbegebiete, ein Ärztehaus, das die medizinische Versorgung vor Ort sichert, mehr erneuerbare Energien, einen Ausbau von Kindertagesstätten und Investitionen in unsere Schullandschaft, damit unsere Stadt Zukunft hat.

Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum in Bergneustadt und eine kommunale Gesellschaft, die sich darum kümmert. Wir unterstützen ausdrücklich die Einrichtung einer kommunalen Wohnungsentwicklungsgesellschaft. Wir haben uns immer für kommunale Unternehmerschaft eingesetzt und die Chance, die wir hier sehen, gibt es auch im Bereich der erneuerbaren Energien. Was im Wohnungsbau geht, geht erst Recht in der Energiewirtschaft!

Stadtwerke haben hier im Rat bislang leider keine Mehrheit gefunden. Das ist fatal, denn die Bürger werden irgendwann auf die Erfolge anderer Kommunen schauen und sich mit Recht fragen, warum der Stadtrat dem SPD-Vorschlag eigener Stadtwerke nicht gefolgt ist.

Die Sonne scheint überall und der Wind weht überall; aber welche Kommunen mit der Kraft von Sonne und Wind Geld verdienen, entscheidet sich in den Räten. Diese politische Dunkelflaute muss endlich überwunden werden.

Wir werben weiter für die Idee und dafür, dass wir hier in unserer Stadt Investitionen in die Produktion erneuerbarer Energie forcieren. Die Energiewende ist eine wirtschaftliche Chance für Städte und Gemeinden; man muss sie nur sehen wollen.

Abschließend möchten wir Sozialdemokraten noch etwas zur politischen Kultur im Rat sagen.

Wir haben in der konstituierenden Sitzung des Stadtrates gesehen, worum es AfD und UWG geht. Diese beiden Fraktionen wollen den politischen Betrieb lahmlegen und das Vertrauen in die Verwaltung, den Stadtrat und die Politik untergraben. Die Verachtung dieser Fraktionen gegenüber dem Rat, der Verwaltung, dem Bürgermeister und damit letztlich auch gegenüber der Stadt wird offen zur Schau gestellt. Während wir im Rat für die Bürger arbeiten, verzögern AfD und UWG durch willkürliche Spielereien mit geheimen Abstimmungsvorgängen den Sitzungsablauf und essen dabei hämisch Pizza.

Die von diesen Fraktionen dabei immer wieder kritisierte sogenannte Brandmauer unterliegt dabei übrigens einem groben Missverständnis.

Brandmauern werden durch die Ziele und das Verhalten extremistischer Gruppierungen, die sich außerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes bewegen errichtet, nicht durch Demokraten.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die sogenannte Alternative für Deutschland über Jahre ausführlich begutachtet und als Folge dieser Begutachtung die AfD als gesichert rechts-extremistisch eingeordnet.

Solange das so ist, ist eine Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit dieser Alternative undenkbar.

Wir Sozialdemokraten glauben fest an die Stärke unserer Stadt und daran, dass es mit Bergneustadt wieder aufwärtsgeht.

Hass und Hetze führen ins Verderben; Stärke durch Vielfalt, die nach Gemeinsamkeiten und Lösungen sucht, bringt unsere Stadt dagegen sicher wieder auf den Weg des Erfolges.

Wir danken der Kämmerin und ihren Mitarbeitern für die Erstellung des Haushaltes.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.